

sind nicht ganz der Meinung, was an Hand von einigen Beispielen begründet werden kann.

Herr Minister Adam führte aus, daß von den im Haushalt geplanten Mitteln für Preisstützungen für Braunkohlen-Kleinstvorkommen rund 1,5 Millionen DM eingespart wurden, weil sich im Laufe des Rechnungsjahres 1951 die Rentabilität der einzelnen Gruben erhöht hat. Diese Rentabilität wurde erreicht durch die von unseren Werktätigen vollbrachten Leistungen in der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Senkung der Selbstkosten. Das ist eine gute Sache. Uns als FDGB würde interessieren, was unseren Kumpeln in diesen Kleinstvorkommen der Braunkohlenwerke auf Grund ihrer hervorragenden Leistungen in der Form wieder zugute gekommen ist, eine großzügige Verbesserung der sozialen und kulturellen Einrichtungen und des Arbeitsschutzes einzuleiten.

Weiterhin würden wir der Regierung vorschlagen, bei so großartigen Einsparungen unserer Werktätigen vor allem unseren Bestarbeitern im Prämiensystem mehr zugute kommen zu lassen als in der Vergangenheit.

Auf den Gebieten des Arbeits- und Sozialwesens und Gesundheitswesens gab Herr Minister Adam bekannt, daß 15 479 300 DM, das sind 29% der gesamten zur Verfügung stehenden Mittel, eingespart wurden.

In seiner Begründung über die Überwachung der technischen Anlagen in unseren Produktionsbetrieben wurde festgestellt, daß hierfür 3,6 Millionen DM bereitgestellt waren und davon 2 Millionen DM eingespart werden konnten. Das wäre sehr gut, wenn nicht die Praxis etwas anderes zeigte. Im IFA-Dieselmotoren-Werk in Kamenz z. B. werden unsere Kollegen laufend krank, die an der Bohrmaschine mit Bohröl arbeiten. Die Ursache ist schlechtes Bohröl. Unsere Betriebsgewerkschaftsleitung als Interessenvertreter der Arbeiter im Betrieb schaltete sich sofort ein und übersandte der Arbeitsinspektion in Kamenz eine Flasche des Bohröls mit der Bitte um Untersuchung der chemischen Bestandteile. Zwei Tage später bekam der Betrieb diese Flasche von der Arbeitsinspektion mit dem Bemerkung zurück, daß die Untersuchung nicht durchgeführt werden kann, weil die Mittel von 30 DM für diese Untersuchung nicht vorhanden seien. (Hört, hört!)

Also können nach Meinung der Arbeitsinspektion unsere Kollegen weiter krank werden, der Gesundheitszustand kann weiter gefährdet werden und ernste Schwierigkeiten in der Planerfüllung eintreten. Auch viele Millionen sind für Maßnahmen im Sozialwesen im vergangenen Jahre eingespart worden, und zwar sind 5 Millionen DM für die Durchführung von Qualifizierungslehrgängen, insbesondere zur Einreihung von Frauen in den Produktionsprozeß, vorgesehen gewesen. (Zuruf: Hoffentlich wird der Amtsschimmel bald krank!) Von dieser Summe wurden nur rund 1,9 Millionen DM verbraucht. Als Begründung wird angeführt, daß das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit für das Planjahr 1951 keine realen Planunterlagen hatte. Uns ist aber bekannt, daß in der Durchführung des Fünfjahrplanes Hunderttausende von Facharbeitern, vor allem Frauen, für die Erfüllung des Fünfjahrplanes benötigt werden. Wie viele Betriebsleitungen und Betriebsgewerkschaftsleitungen wären dankbar gewesen, auch nur einen Bruchteil von den nichtverwendeten 3 Millionen DM zu erhalten, um Maßnahmen zur Qualifizierung von Frauen einzuleiten. (Zuruf: Sehr richtig!) Was werden unsere Werktätigen jetzt sagen, wenn sie erfahren, daß unsere demokratische Regierung gewaltige Mittel, die für die Qualifizierung von Arbeitern, vor allen Dingen von Frauen, zur Verfügung standen, nicht ausgenutzt hat? Kann das unsere Landesregierung verantworten? Können wir das alles selbst verantworten? Das ist ernsthaft zu bezweifeln. Es wäre ein leichtes gewesen, sich einen Überblick über die Betriebe zu verschaffen, wo

Schwierigkeiten bestehen, so daß dann diese Mittel ihrem Verwendungszweck zugeführt werden konnten.

Für das Bad der Werktätigen, Bad Elster, wurden 6,4 Millionen DM zur Verfügung gestellt, davon nur 5 Millionen DM verbraucht. Die im Rechenschaftsbericht gegebene Begründung ist unzureichend, denn man kann nicht einfach die Feststellung treffen, daß das eine ungenügende Koordinierung der einzelnen Stellen ist. Wir sind der Auffassung, daß unsere Werktätigen in Bad Elster, wenn sie angesprochen worden wären, wie diese nicht verbrauchten Mittel in Höhe von 1,4 Millionen DM zweckentsprechend zum Wohle unserer Werktätigen Verwendung finden konnten, bestimmt dem Ministerium gesunde Vorschläge unterbreitet hätten. (Zuruf: Sehr richtig!) Oder ist dem Ministerium der Finanzen und dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit nicht bekannt, daß allein in der Stadt Dresden 350 Anträge von Müttern vorliegen, die ihre Kinder im Alter bis zu drei Jahren in Kinderkrippen unterbringen wollen, um eine Arbeitsstelle antreten zu können und aktiv an der Erfüllung des Fünfjahrplanes mitzuarbeiten? Die Zahl der Anträge auf Unterbringung in Kindergärten ist noch viel größer, also der Kinder von drei Jahren und älter. Selbstkritisch müssen wir als Gewerkschaften ebenfalls feststellen, daß wir uns bisher ungenügend der Sorge um den werktätigen Menschen angenommen haben. Im Haushaltsplan für das Jahr 1952 darf uns auf keinen Fall dieser Fehler wieder unterlaufen. Unsere Werktätigen verlangen mit Recht, daß die Maßnahmen unserer Regierung zur Verbesserung der sozialen und kulturellen Einrichtungen konsequent verwirklicht werden. Die Bereitschaft unserer Werktätigen zur weiteren Verbesserung ihrer Arbeit ist vorhanden. Es kommt jetzt darauf an, eine gegenseitige Kontrolle über die Haushaltsmittel zu organisieren. Erste Voraussetzung dazu ist, in der breitesten Öffentlichkeit den Haushaltsplan für 1952 zu diskutieren und planmäßig vor der Bevölkerung Bericht über die Realisierung des Planes zu erstatten, damit unsere Werktätigen erkennen, welche großartige Sozial- und Kulturpolitik unsere Regierung betreibt, daß sie sich aus dieser Erkenntnis heraus stärken zur weiteren Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Wohl des ganzen Volkes und zur Herbeiführung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschland. (Beifall.)

Vizepräsident Hans Marschall:

Das Wort hat nunmehr Abgeordneter Bäte von der FDJ, ihm folgt die Abgeordnete Martha Becker.

Abg. Harry Bäte (FDJ):

Meine Damen und Herren!

Durch die Haushaltspläne kommt die friedliche Politik und der Aufbau der Länder des Friedenslagers klar zum Ausdruck. Die Haushaltspläne in diesen Ländern sind immer ausgeglichen und weisen gleichzeitig einen Überschuß auf. So sieht z. B. der Staatshaushalt des großen Landes des Sozialismus, der Sowjetunion, für das Jahr 1952 einen Überschuß von 31,9 Milliarden Rubel vor. Kennzeichnend für die Entwicklung der Volkswirtschaft ist, daß in der Sowjetunion für kulturelle und soziale Maßnahmen rund 65% aller Ausgaben vorgesehen sind. Der Haushalt der USA dagegen sieht als ein Ergebnis der verstärkten Kriegsvorbereitung und Versklavung der schaffenden Menschen in den unter ihrem Einfluß stehenden Ländern für das Jahr 1952 80% der Gesamtausgaben für militärische und dem Kriege dienende Zwecke vor. Ähnlich ist es bei dem Haushalt in der Bundesrepublik in Westdeutschland. Dort werden riesige Summen für die Kriegspolitik Adenauers ausgeworfen. Die Auswirkungen